



Ansprechpartner/in Antonia Lütkenhaus  
Telefon 0281 33832 22  
Telefax /  
E-Mail antonia.luetkenhaus@wald-und-holz.nrw.de

Datum 02.12.2025  
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)  
2025-017840

## Öffentliche Bekanntgabe

des Ergebnisses der **standortbezogenen** Vorprüfung mit der Feststellung,  
dass nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine  
Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht.

Die Feststellung trifft das **Regionalforstamt Niederrhein** auf Antrag zur Neuanlage von Wald (Erstaufforstung) nach § 41 Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW):

### Antrag auf Neuanlage von Wald (Erstaufforstung)

in der Gemeinde:   Mönchengladbach    
Kreis:   /    
Gemarkung:   Rheindahlen    
  
Flur/e:   12    
Flurstück/e:   79, 132, 134, 136    
mit einer Größe von:   9.430 m<sup>2</sup>    
  
zur Änderung der Nutzungsart in: **Wald**

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 als „Erstaufforstung“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesem Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gem. § 7 Abs. 4 UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens, des Standortes des Vorhabens und der Art und Merkmale möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nicht zu erwarten sind.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Die wesentlichen Gründe nach § 5 Abs. 2 UVPG für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur **standortbezogenen** Vorprüfung zu entnehmen:

Die Aufforstung liegt nur mit ca. 1/3 im Randbereich des NSG „Knippertzbachta“ I, VSG „Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald u. Meinweg“ und des FFH-Gebietes „Schwalm, Knippertzbach, Raderveekes u. Luettelforster Bruch“. Den Schutzziele dieser Gebiete steht die Aufforstung nicht entgegen. Sie trägt zum Ziel der Entwicklung von Auen- und Bruchwäldern bei. Zudem werden für die Aufforstung nur standortgerechte heimische Laubbäume verwendet. Im übrigen Teil liegt die Aufforstung im LSG „Muehlenbachtal“

und der Wasserschutzzone 3A2 des Wasserschutzgebietes „Gatzweiler/Rickelrath“. Auch in diesen Bereichen kommt es durch die Anlage der Erstaufforstung nicht zu negativen Beeinträchtigungen der Schutzgebiete. Die Aufforstung mit Laubholz lässt im allgemeinen nur positive Effekte auf die Trinkwasserqualität erwarten.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gez.

Lütkenhaus